

1 **Gemeinsame Erklärung der 3. Tagung der digitalpolitischen Sprecherinnen und**
2 **Sprecher von CDU und CSU von Bund und Ländern am 10. und 11. März 2024 in Kiel.**

3

4 Als Vertreter der Digitalpolitik in den CDU-/CSU-Fraktionen ist es unsere Aufgabe,
5 Deutschland auf einen zeitgemäßen, zukunftsorientierten und widerstandsfähigen Kurs zu
6 bringen. Wir erkennen und sehen die immensen Möglichkeiten, die die Digitalisierung für
7 unser Land bietet, und verstehen sie als eine Schlüsselfrage, die sämtliche Bereiche
8 betrifft. Unsere Gesellschaft, unsere Unternehmen sowie unsere öffentliche Verwaltung
9 profitieren von der digitalen Transformation. Sei es durch gesteigerte Produktivität,
10 Leistungsfähigkeit oder besserem Service, einer reibungslosen Prozessführung oder der
11 Entlastung von monotonen Aufgaben, profitieren werden am Ende alle.

12 Die Politik hat dabei die Verantwortung, optimale Rahmenbedingungen für eine
13 produktive Digitalisierung zu schaffen. Dies schließt auch die Gewährleistung einer
14 robusten Cybersicherheit, den Abbau von Hindernissen für die Digitalisierung, einer
15 funktionierenden digitalen Infrastruktur, die gesetzliche Regelung für die Nutzung von
16 Daten und KI mit ein. Es ist notwendig, gezielte Maßnahmen zu ergreifen, um die digitale
17 Infrastruktur zu schützen und die digitale Kompetenz sowie Akzeptanz in der Bevölkerung
18 zu stärken. Nur durch ein ganzheitliches Herangehen können wir die volle Bandbreite der
19 Möglichkeiten der Digitalisierung ausschöpfen und Deutschland erfolgreich in die digitale
20 Zukunft führen.

21

22 Die Sprechertagung verfolgt dabei das Ziel, wichtige Themen der Digitalisierung in den
23 Blick zu nehmen, sich auszutauschen und gemeinsame Positionen zu formulieren. Deshalb
24 setzen wir uns insbesondere für folgende 5 Punkte ein:

25

26 **1. Cybersicherheit**

27 In herausfordernden Zeiten wie diesen stehen wir vor zunehmend komplexen
28 Bedrohungen für unsere Sicherheit. Dies gilt auch im Besonderen durch den Ausbau der
29 Vernetzung und Digitalisierung für den Cyberbereich. Insbesondere die seit dem
30 russischen Angriffskrieg gestiegene Anzahl von Angriffen auf unsere digitale Infrastruktur
31 und der Anstieg der Cyberkriminalität verdeutlicht die Realität dieser Gefahr. Der Staat
32 hat eine besondere Verantwortung was die Sicherheit der Daten seiner Bürgerinnen und
33 Bürger betrifft. Die Stärkung der digitalen Resilienz Deutschlands erfordert eine
34 gemeinsame partnerschaftliche Anstrengung von Bund, Ländern, Kommunen, Wirtschaft
35 sowie Zivilgesellschaft. Ein wichtiger Bestandteil unserer gemeinsamen
36 Sicherheitsarchitektur ist die vom IT-Planungsrat 2020 verabschiedete Leitlinie für
37 Informationssicherheit, die verstärkt auf die Wirkung von Sicherheitsmaßnahmen abzielt,
38 insbesondere auf eine lückenlose Umsetzung von Sicherheitskonzepten und deren
39 Messbarkeit, die stufenweise bis Ende des Jahres umgesetzt werden sollen. Eine enge
40 Koordination zwischen den beteiligten Akteuren sowie einheitliche rechtliche
41 Rahmenbedingungen sind unerlässlich, um den Herausforderungen im Bereich der
42 Cybersicherheit gerecht zu werden.

43

44

45

46 **2. Digitale Verwaltung bürgernah gestalten – digitale Umsetzung von Anfang an**
47 **mitdenken**

48 Die digitale Transformation umfasst nicht nur die Digitalisierung von Prozessen, sondern
49 den grundlegenden gesellschaftlichen Wandel in der Wirtschaft, Wissenschaft, Digitalisierung
50 und Verwaltung. Wir möchten auf allen Ebenen Maßnahmen fortführen und ergreifen, um
51 Deutschland weiter gemeinsam auf den Pfad einer modernen, effizienten und
52 zukunftsgerichteten Verwaltung zu führen.

53 Wir setzen uns bundesweit für die Einführung eines „Digitalchecks“ ein, um die Qualität
54 der Gesetzgebung zu verbessern, indem wir die digitale Umsetzung verbindlich von
55 Anfang an mitdenken und einplanen. Wir möchten sicherstellen, dass Gesetze und
56 Verwaltungsabläufe nahtlos digital, ohne Medienbrüche und interoperabel gestaltet
57 werden. Dies erfordert einen schrittweisen Prozess, auch um einen Kulturwandel zu
58 ermöglichen und administrative Belastungen zu minimieren. Eine erfolgreiche
59 Digitalisierung führt auch zu einem von allen gewünschten Bürokratieabbau. Die
60 fortlaufende Identifizierung und Beseitigung von Digitalisierungshemmnissen sollte durch
61 den Einsatz moderner Technologien wie künstliche Intelligenz unterstützt werden. Unser
62 Ziel ist eine effiziente und benutzerfreundliche Verwaltung, die den Anforderungen der
63 Bürger und Unternehmen entspricht. Die Zukunft der Verwaltung wird automatisiert,
64 algorithmisiert, cloudifiziert und datenbasiert sein. Hierbei ist es wichtig, auf europäische
65 Lösungen zu setzen, um die Systeme und Daten vor fremdem Zugriff zu schützen. Die
66 zügige Integration digitaler Prozesse in die Verwaltung ist nicht nur eine Notwendigkeit,
67 sondern bietet erhebliche Vorteile für Bürger und Unternehmen. Durch eine
68 flächendeckende Umsetzung von Maßnahmen zur Förderung digitalfreundlicher,
69 datenbasierter Verfahrensabläufe wird eine nahtlose Kommunikation und Kooperation von
70 Behörden untereinander, aber auch mit Unternehmen und Bürgern geschaffen werden.
71 Wir streben an, von dokumentenbasierten hin zu datenbasierten Abläufen überzugehen.
72 Unser Ziel ist es, sämtliche Prozesse der Rechtsetzung, sowie Ihre anschließende
73 Anwendung von Anfang an digital, medienbruchfrei und interoperabel zu gestalten. Dieses
74 Leitbild kann zum Beispiel durch den u.a. in Schleswig-Holstein angewendeten „digitalen
75 Dreiklang“ ermöglicht werden. Das heißt konkret: Gesetze und rechtliche Vorschriften
76 müssen „Digital-by-Design“, Verwaltungsabläufe „Digital-by-Default“ und die
77 Interaktionen zwischen Staat und Bürger „Digital-first“ sein.

78 Denn Unternehmen und Bürger bevorzugen digitale Verfahren. In Anlehnung an das Once-
79 Only-Prinzip (Daten werden einmal erhoben und können je nach Bedarf angesehen und
80 abgerufen werden) sollten digitale Verfahren möglichst einfach gestaltet sein. Dies ist
81 nicht nur aus Sicht der Nutzer wünschenswert, sondern reduziert auch den Aufwand für
82 die Wartung, Pflege und Weiterentwicklung digitaler Dienste. Eine zu hohe Komplexität
83 erschwert Veränderungen und führt oft zu unvorhergesehenen Fehlern. Dabei ist es uns
84 auch wichtig, den Blick auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Verwaltungen zu
85 richten; diese gilt es durch Schulungsformate und -inhalte auf den sicheren Umgang mit
86 den neuen Software-Lösungen vorzubereiten.

87 Um diesen Herausforderungen zu begegnen, möchten wir weiter gemeinsam klare
88 Zielvorgaben und Standards für die digitale Durchführung von Prozessen entwickeln.

89

90 **3. Ausbau digitaler Infrastruktur**

91

92 Eine flächendeckend verfügbare digitale Infrastruktur ist die Basis für jede Digitalisierung.
93 Dem Ausbau von Glasfaser-Breitband und zukunftsfähiger Mobilfunktechnologien muss
94 auch in Zukunft eine hohe Priorität eingeräumt werden, auch hinsichtlich von
95 gleichwertigen Lebensverhältnissen und Wertschöpfungsmöglichkeiten im ganzen
96 Bundesgebiet. Die Bedeutung digitaler Infrastruktur, insbesondere modernster, KI-
97 gestützter Netzwerke und Stromversorgungssysteme, aber auch von digitaler Bildung,
98 kann nicht genug betont werden. In unserer zunehmend vernetzten Welt sind diese
99 Technologien nicht nur entscheidend für die Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität
100 unserer Volkswirtschaft, sondern auch für das tägliche Leben der Bürger. Eine zuverlässige
101 Energieversorgung ist entscheidend für den Betrieb digitaler Systeme. Aber auch ein
102 verantwortungsvoller Umgang mit unseren Ressourcen im Sinne der Kreislaufwirtschaft
103 (und dem Recycling von verbauten raren Rohstoffen der Informations- und
104 Kommunikationstechnik) und die smarte Nutzung der erneuerbaren Energien wird im
105 geopolitischen Kontext immer wichtiger, denn die Nutzung von Informations- und
106 Kommunikationstechnik ist weltweit für ca. 2% der CO₂-Emissionen verantwortlich,
107 Tendenz steigend. So zielt beispielsweise die (von Schleswig-Holstein für den IT-
108 Planungsrat koordinierte) Green-IT-Strategie darauf ab, ressourcen- und
109 energieschonende Lösungen bei den IT-Aktivitäten der Verwaltungen von Bund und
110 Ländern zu fördern.

111 Gut ausgebaute digitale Infrastruktur ermöglicht den Zugang zu Bildung,
112 Gesundheitsdiensten und unterstützt die Schaffung von Arbeitsplätzen und
113 Wirtschaftswachstum. Investitionen in diese Infrastrukturen und in die digitale Bildung
114 und Kompetenzen sind daher von entscheidender Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit
115 unseres Landes. Um dies zu erreichen, ist es auch notwendig, die
116 Hochleistungsrechenzentrums-Infrastruktur in Deutschland konsequent weiter
117 auszubauen. Nur wenn geeignete Rechenkapazitäten zur Verfügung stehen –
118 insbesondere mit Blick auf Entwicklung und Nutzen großer KI-Modelle – kann der
119 Wirtschaftsstandort Deutschland eine langfristige und auch erfolgreiche Rolle im
120 internationalen Wettbewerb einnehmen.

121 Die digitale und technologische Souveränität Deutschlands und Europas muss weiter
122 ausgebaut und digitale sowie technologische Abhängigkeiten strategisch reduziert
123 werden.

124

125 **4. KI – Made in Europe**

126 Die Entwicklung und Kontrolle von KI-Systemen ist eine Schlüsselkompetenz, um
127 Abhängigkeiten zu verringern und die Resilienz Europas sowohl im digitalen als auch im
128 analogen Bereich zu stärken. Basierend auf dem AI-Act der Europäischen Union sowie den
129 Entscheidungen des IT-Planungsrates streben wir danach, Europa als Standort für
130 künstliche Intelligenz zu stärken. Eine flächendeckende und erfolgreiche Anwendung von
131 KI ist nur möglich, wenn die Risiken minimiert werden und sie von der Bevölkerung
132 akzeptiert wird. Dafür müssen KI-Systeme sicher sein, den Datenschutz gewährleisten und
133 unsere Werte und Grundrechte respektieren. Der AI-Act ordnet Anwendungen von KI drei
134 Risikokategorien zu und reguliert diese entsprechend wie z.B. das Social Scoring oder die
135 Steuerung von kritischer Infrastruktur, die als inakzeptables Risiko eingestuft werden.
136 Dort sollen eine Kontrolle durch den Menschen über KI, eine technische Dokumentation
137 und ein System zum Risikomanagement festgeschrieben werden. Wir begrüßen, dass KI-
138 Anwendungen, die nicht ausdrücklich verboten oder als risikoreich eingestuft sind,

139 weitgehend unreguliert bleiben, so dass das wirtschaftliche Potential der KI entfaltet
140 werden kann.

141 Wir begrüßen, dass die Europäische Union weltweit eine der ersten umfassenden
142 Regulationen von KI auf den Weg bringt und damit globale Standards setzt. Gleichzeitig
143 müssen wir die Warnungen vieler mittelständischer Betriebe vor erheblichen finanziellen
144 und bürokratischen Belastungen durch die Verordnung sehr ernst nehmen. Wichtig sind
145 daher Unterstützungsangebote, wie zum Beispiel virtuelle und reale Entwicklungs- und
146 Testumgebungen, um unsere mittelständischen Betriebe schnell und kostengünstig zur
147 Regelkonformität mit nationalen und europäischen Regulierungen im Bereich der KI zu
148 führen. Wir begrüßen, dass die USA und die EU bereits über einen freiwilligen KI-
149 Verhaltenskodex diskutieren. Wir betrachten die rasche Umsetzung des europäischen KI-
150 Gesetzes und seine fortlaufende Entwicklung als unerlässliche Eckpfeiler für ein
151 zukunftsfähiges Europa.

152 Gleichzeitig gilt es die Medienkompetenz unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger zu
153 schulen, um z.B. Falschinformationen, Deepfakes und Kampagnen zu erkennen und auch
154 gerade die jüngeren Generationen über die Einflussnahme von Algorithmen in den
155 Sozialen Medien zu informieren, aufzuklären und zu sensibilisieren. Weiterhin sollte der
156 Einsatz von KI in die Bildungsstrategie einfließen. Die Länder sollen Richtlinien zum
157 Umgang mit ChatGPT und anderen KI-Anwendungen entwickeln und herausgeben,
158 Lehrkräfte schulen und für Schülerinnen/Schüler Lernlandschaften schaffen und gestalten.
159 Parallel sollen die Länder die Fragen des Datenschutzes, der Datensicherheit und der
160 Urheberchaft klären. Die Schülerinnen und Schüler nutzen derzeit ChatGPT und andere
161 KI-Anwendungen für schulische Zwecke. Ein versierter Umgang mit KI-Tools sollte als
162 weiteres Lernziel festgelegt werden.

163

164 **5. Fortschritt dank besserer Datennutzung**

165 Daten sollten die Grundlage für evidenzbasierte Entscheidungen sein und helfen,
166 Lösungen für die großen gesellschaftlichen Aufgaben wie z.B. die Verbesserung der
167 Gesundheitsvorsorge, die Mobilität der Zukunft oder die Bewältigung der
168 Herausforderungen des Klimawandels zu finden. Daten sind die Grundlage für
169 maschinelles Lernen – einen Teilbereich der Künstlichen Intelligenz. Systeme sammeln
170 durch sie Erfahrungen und können so Muster erkennen, Wahrscheinlichkeiten berechnen
171 und Vorhersagen treffen. Durch den Einsatz KI können Daten umfangreich und schnell
172 genutzt und ausgewertet werden. Dies trägt idealerweise zu einer besseren
173 Gesundheitsversorgung bei, eröffnet der Wissenschaft neue Erkenntnisse, verbessert
174 Produktionsabläufe und erleichtert vielfach unseren Alltag. Viele Datenschätze in
175 Deutschland, auch frei zugängliche Daten, bleiben jedoch derzeit ungenutzt. Das gilt es zu
176 verbessern, um das vorhandene Potenzial besser zu nutzen. Es muss zu einer
177 Selbstverständlichkeit werden, Daten effektiv zu erheben, zu nutzen und zu verwalten.
178 Verschiedene Datensätze sollen so künftig auch einfacher miteinander verknüpft werden
179 können, damit Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft von ihnen profitieren
180 können. Voraussetzung dafür ist ein kompetenter und verantwortungsvoller Umgang mit
181 Daten. Um den Übergang zu einem datengetriebenen Entscheidungsprozess zu gestalten
182 und den Reifegrad von Datenanalysen zu erhöhen, braucht es zwingend einen integrierten
183 Ansatz für den Aufbau von Expertise und Fertigkeiten – und zwar auf allen Ebenen und in
184 allen Funktionen. Die Fortschritte auf diesem Gebiet entwickeln sich sehr schnell und
185 fordern auch die Politik heraus, das Tempo zu erhöhen und die Rahmenbedingungen für

186 die Nutzung von Daten gemeinsam abzustimmen und zu gestalten, um die digitale
187 Entwicklung unseres Landes voranzutreiben.

188 Wir fordern die Bundesregierung auf, mit einer zukunftsgerichteten Datenstrategie neue
189 und innovative Maßnahmen festzulegen, die dazu beitragen, die innovative und
190 verantwortungsvolle Datenbereitstellung und Datennutzung signifikant zu erhöhen.